



Martin Wilke  
martin.wilke@gmx.net  
11. Juni 2009

## **Mehr Demokratie beim Wählen** Entwurf eines neuen Berliner Wahlrecht

DOSSIER TEIL 2:

### **Personen wählen** Warum es nicht genügt, Parteien zu wählen

Bündnis Mehr Demokratie beim Wählen  
c/o Mehr Demokratie e.V.  
Greifswalder Str. 4  
10405 Berlin  
[www.besseres-wahlrecht.de](http://www.besseres-wahlrecht.de)  
[info@besseres-wahlrecht.de](mailto:info@besseres-wahlrecht.de)

Derzeit haben die Wähler nur geringen Einfluss darauf, welche Personen ins Parlament kommen. Zwar werden 78 der mindestens 130 Abgeordneten direkt in Wahlkreisen gewählt, doch in vielen Fällen stehen, die Wahlkreisgewinner de facto schon vor der Wahl fest. Die übrigen Abgeordneten werden aus starren Parteilistenlisten gewählt, auf die die Wähler keinerlei Einfluss haben.

Wir wollen, dass die Wähler effektiv selbst entscheiden können, durch wen sie im Abgeordnetenhaus vertreten werden. Dies wollen wir zum einen durch veränderbare Parteilisten erreichen, zum anderen durch Mehrmandatswahlkreise.

## **Gründe für die Möglichkeit, gezielt Personen zu wählen**

Selbst unter den bürgerfreundlichsten Regelungen für Bürgerbegehren und Volksbegehren wird nur eine Handvoll von Entscheidungen direkt durch die Bürger getroffen, die meisten Entscheidungen werden wie bislang im Parlament getroffen. Wenn allerdings der größte Teil der politischen Entscheidungen von Parlamenten getroffen wird – vom Einfluss der Exekutive möchten wir an dieser Stelle gar nicht reden – ist es besonders wichtig, dass die Abgeordneten, welche im Auftrag der Bevölkerung entscheiden, diese möglichst gut repräsentieren. Deshalb ist das Verfahren, nach dem die Bevölkerung ihre Vertreter ins Parlament wählt, von großer Bedeutung. Vom Wahlverfahren hängt ab, in welchem Maße das Parlament eine Art verkleinertes Abbild der Bevölkerung ist und sich die Ansichten der Bevölkerung im Parlament wiederfinden.

Ein Verfahren, bei dem die Bürger ausschließlich Parteien wählen und die Parteien die Zusammensetzung ihrer Parlamentsfraktionen selbst festlegen, kann kein hinreichend genaues Abbild der Bevölkerung liefern. Dies gilt auch dann, wenn im Parlament mehr als nur fünf Parteien vertreten sind. Denn Parteien sind stets Zusammenschlüsse ganz unterschiedlicher Interessengruppen, Positionen, Parteiflügel usw. Deshalb sollte der Wähler die Macht bekommen, selbst jene Kandidaten ins Parlament zu wählen, die seine Ansichten vertreten.

So gibt es innerhalb jeder Partei verschiedene Parteiflügel, Strömungen etc. Die CDU vereint etwa religiös Konservative mit sehr traditionellem Gesellschafts- und Familienbild, aber auch liberale Unternehmer sowie einen Arbeitnehmerflügel. In der FDP gibt es neben den Wirtschaftsliberalen auch profilierte Linkliberale; in der Vergangenheit gab es zudem noch einen starken nationalliberalen Flügel. In der SPD gibt es sowohl Anhänger der Agenda 2010 als auch gewerkschaftlich orientierte erbitterte Kritiker dieser Arbeitsmarkt- und Sozialreformen; in der Innen- und Sicherheitspolitik gibt es Law-and-Order-Vertreter als auch Vertreter von eher moderaten Positionen. Ähnlich wie bei der SPD gibt es bei den Grünen sowohl neoliberale als auch linke Strömungen, die sich in ähnlicher Weise auch in unterschiedlichen Haltungen zu Militäreinsätzen zeigen. In der Partei Die Linke gibt es Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten, Anhänger von autoritären und Anhänger von libertären Positionen.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Sachfragen, in denen auch Anhänger und Akteure derselben politischen Grundrichtung ganz unterschiedlicher Ansicht sein können.

Auch wenn Meinungsumfragen zu Sachfragen nur spontane Momentaufnahmen sind – und nicht mit dem Ergebnis von Volksabstimmungen, denen eine längere öffentliche Debatte vorausgeht, zu verwechseln sind – so wird doch deutlich, dass sich die Ansichten der Mehrheit der Bevölkerung in vielen Sachfragen nicht mit dem decken, was in Parlamenten beschlossen wird. Ebenso auffällig ist aber, dass es unter den Wählern jeder Partei bei den meisten Sachfragen sowohl Anhänger als auch Gegner gibt. In vielen Sachfragen verläuft die

Trennlinie somit nicht strikt zwischen den Anhängern verschiedener Parteien, sondern oftmals quer durch die Anhängerschaft dieser Parteien.

In anderen Fragen vertreten alle Parteien etwa die gleiche Position, so dass Wähler, die in dieser Frage anderer Meinung sind, keine Partei finden, die sie für ihr Anliegen wählen könnten. Auf der Ebene der Kandidaten ist es deutlich wahrscheinlicher, dass sie jemanden finden, der ähnliche Ansichten vertritt wie sie selbst.

In einem wirklich repräsentativen Parlament sollten auch die einzelnen Fraktionen die Vielfalt der Ansichten ihrer Wähler widerspiegeln. Dies ist nur möglich, wenn die Wähler effektiv auch über die personelle Zusammensetzung des Parlaments entscheiden können.

Auch in demographischer Hinsicht ist das Abgeordnetenhaus bislang kein Querschnitt der Bevölkerung. Die Wahl von Personen kann bei einem geeigneten Wahlverfahren dazu beitragen, das Parlament auch in dieser Hinsicht repräsentativer zu machen. Manche Wähler würden sich bei ihrer Wahlentscheidung daran orientieren, ob ein Kandidat männlich oder weiblich ist, alt oder jung, Berufspolitiker oder Parlamentsneuling, Vertreter einer bestimmten Minderheit, einer bestimmten Berufsgruppe oder was auch immer. Jeder Wähler soll nach den Kriterien entscheiden können, die ihm persönlich wichtig sind.

Bei Abstimmung im Parlament stimmen nicht Parteien ab, sondern Menschen. Verantwortung für die Folgen von Parlamentsbeschlüssen können nicht Parteien tragen, sondern nur die konkreten Abgeordneten.

Nur wenn die Wähler die Möglichkeit haben, konkrete Abgeordnete bei der Wahl zur Verantwortung zu ziehen – und das heißt auch, sie ggf. loswerden zu können –, müssen sich die einzelnen Abgeordneten wirklich für ihr Handeln vor den Wählern verantworten. Die Wahl von Personen führt dazu, dass Kandidaten und Abgeordnete stärker mit den Bürgern ins Gespräch kommen müssen, da sie deren Stimmen haben wollen. Allerdings muss dazu auch das Wahlverfahren so beschaffen sein, dass die Wähler tatsächlich eine Auswahl haben und die Kandidaten sich nicht schon vor der Wahl sicher sein können, dass sie einen Sitz im Parlament bekommen werden.

Wenn die Kandidaten in erster Linie auf die Zustimmung unter den Wählern angewiesen sind, werden sie unabhängiger von ihrer Partei. Denn die Partei kann die Kandidaten weniger damit erpressen, sie auf einen schlechteren Listenplatz zu setzen.

### **Kann man nicht Mitglied in einer Partei werden und dann dort über die Kandidaten mitentscheiden?**

Auch wenn es in Prinzip zutreffend ist, dass Menschen durch eine Parteimitgliedschaft Einfluss nehmen könnten, so muss man doch zur Kenntnis nehmen, dass nur ca. 2 % der Bürger Mitglied einer Partei sind. 98 % sind also keine Parteimitglieder, und haben dafür wohl auch ihre Gründe. Ein Grund kann sein, dass es vielen Leuten nicht leicht fällt, sich bei der Mitgliedschaft, auf genau eine Partei festzulegen, weil sie in verschiedenen Politikfeldern oder sogar auf verschiedenen Politischen Ebenen (EU, Bund, Land, Kommune) unterschiedlichen Parteien nahestehen. In der Regel darf man jedoch in nur einer Partei Mitglied sein. Wir wollen jedoch, dass die Menschen sich auch für Kandidaten verschiedener Parteien entscheiden können.

Im übrigen geht es in den meisten Parteien nicht so basisdemokratisch zu, dass tatsächlich jedes Mitglied an der Kandidatenaufstellung mitwirken kann. Nur bei den Grünen und kleineren Parteien wird die Parteiliste durch eine Mitgliederversammlung aufgestellt. Die anderen Parteien haben dafür Parteitage, auf denen nur Delegierte stimmberechtigt sind. In

den meisten Fällen entscheidet in der Praxis ein kleiner Führungszirkel, zu dem das einfache Mitglied gar keinen Zugang hat.

### **Wissen die Parteien nicht besser als die Wähler, wer geeignet ist?**

Nach wie vor sollen die Parteien selbst darüber entscheiden, welche Personen sie überhaupt aufstellen. Jemanden, den eine Partei für völlig ungeeignet hält, wird sie wohl gar nicht erst aufstellen. Und bei jenen, die sie für geeignet genug hält, dass sie sie als Kandidaten aufstellt, kann die Eignung kein Argument mehr sein. Die Wähler können dann unter diesen vorausgewählten Kandidaten eine Entscheidung treffen.

### **Kann die Wahl von Personen nicht zu einem geringeren Frauenanteil im Parlament führen?**

Der Anteil der Frauen (und jeder anderen Gruppe) im Parlament hängt davon ab, für welche Kandidaten die Wähler stimmen. Wenn in den Mehrmandatswahlkreisen und den veränderbaren Listen die Hälfte der abgegebenen Stimmen an Frauen geht, dann erhalten Frauen auch die Hälfte der Mandate, die in den Wahlkreisen und den veränderbaren Listen vergeben werden. Das liegt daran, dass die Vergabe der Mandate nach dem Verfahren der Übertragbaren Einzelstimmgebung erfolgt, die eine Verhältniswahl zwischen Personen darstellt. Somit haben die Wählerinnen und Wähler es selbst in der Hand, für eine angemessene Vertretung zu sorgen. Und immerhin sind mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten Frauen.

Ob der Anteil der Frauen im Parlament steigt oder sinkt, hängt auch davon ab, auf welchem Niveau er sich bei den einzelnen Parteien heute befindet.

Entscheidend wird zudem sein, ob die Parteien jeweils genug Frauen aufstellen. Parteien, die viele Frauen aufstellen, werden nach der Wahl mit großer Wahrscheinlichkeit auch einen größeren Frauenanteil unter den gewählten Abgeordneten haben.

Von den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg und Hessen ist bekannt, dass die Wähler der eher linken Parteien und die Wähler in Großstädten mehr Frauen auf vordere Plätze wählen als die jeweilige Partei von sich aus auf vorderen Plätzen aufgestellt hat. Da es in Berlin insgesamt eine klare linke Mehrheit gibt und Berlin eine Großstadt ist, ist davon auszugehen, dass Frauen in Mehrmandatswahlkreisen und in veränderbaren Listen zumindest nicht weniger Mandate erhalten werden als bisher. Selbst bei CDU und FDP dürfte der Anteil gewählter Frauen steigen, da er dort bisher – also in sicheren Einerwahlkreisen und starren Listen – außerordentlich niedrig ist, wie die folgenden Tabellen zeigen.

#### Direktkandidaten und Direktmandate

	weibliche Wahlkreis- kandidaten	Wahlkreis- kandidaten insgesamt	<b>Anteil weiblicher Wahlkreis- kandidaten</b>	erfolgreiche weibliche Direkt- kandidaten	erfolgreiche Direkt- kandidaten insgesamt	<b>Anteil weiblicher direkt gewählter Abgeordneter</b>
SPD	34	78	<b>43,6 %</b>	17	40	<b>42,5 %</b>
CDU	14	78	<b>17,9 %</b>	3	19	<b>15,8 %</b>
Linke	28	78	<b>35,9 %</b>	8	14	<b>61,4 %</b>

Grüne	32	78	<b>41,0 %</b>	1	5	<b>20,0 %</b>
FDP	12	77	<b>15,6 %</b>	-	-	-
zusammen	120	389	<b>30,8 %</b>	29	78	<b>37,2 %</b>

#### Listenkandidaten und Listenmandate

	weibliche Listen- kandidaten	Listen- kandidaten insgesamt	<b>Anteil weiblicher Listen- kandidaten</b>	erfolgreiche weibliche Listen- kandidaten	erfolgreiche Listen- kandidaten insgesamt	<b>Anteil weiblicher über die Liste gewählter Abgeordneter</b>
SPD*	54	123	<b>43,9 %</b>	7	13	<b>53,8 %</b>
CDU*	37	144	<b>25,7 %</b>	4	18	<b>22,2 %</b>
Linke	25	50	<b>50,0 %</b>	4	9	<b>44,4 %</b>
Grüne	22	40	<b>55,0 %</b>	13	18	<b>72,2 %</b>
FDP*	12	71	<b>16,9 %</b>	1	13	<b>7,7 %</b>
zusammen	150	428	<b>35,0 %</b>	29	71	<b>40,8 %</b>

\* SPD, CDU und FDP sind mit Bezirkslisten angetreten.

#### Frauenanteil in den Fraktionen

	Frauen	Abgeordnete insgesamt	<b>Frauenanteil</b>
SPD	24	53	<b>45,3 %</b>
CDU	7	37	<b>18,9 %</b>
Linke	12	23	<b>52,2 %</b>
Grüne	14	23	<b>60,9 %</b>
FDP	1	13	<b>7,7 %</b>
zusammen	58	149	<b>38,9 %</b>

#### Kandidaten besser kennenlernen

Wenn die Wähler die Möglichkeit der Personalisierung nutzen sollen, müssen sie allerdings auch die Kandidaten kennen. Bisher kennen die meisten Wähler jedoch nur wenige der Kandidaten, während die meisten ihnen unbekannt sind. Und selbst wenn Wähler mehrere Kandidaten kennen, ist unklar, ob sie genug über sie wissen, um sich zwischen ihnen zu entscheiden und sie in eine Reihenfolge zu bringen, sei es im Wahlkreis oder auf den Parteilisten.

Als in Hamburg per Volksentscheid das neue Wahlrecht mit Kumulieren und Panaschieren eingeführt wurde, starteten einige der Initiatoren des neuen Wahlrechts das Projekt

Abgeordnetenwatch.<sup>1</sup> Dabei handelt es sich um eine Website, die das Abstimmungsverhalten der einzelnen Abgeordneten bei wichtigen politischen Entscheidungen dokumentiert und dem Bürger ermöglicht, den Abgeordneten öffentlich Fragen zu stellen, die die Abgeordneten dann ebenfalls öffentlich beantworten können. Außerdem werden einige Angaben zur Person des Abgeordneten veröffentlicht. Ziel dieses Projektes ist es, dem Wähler eine fundierte Wahlentscheidung hinsichtlich der Kandidaten zu ermöglichen. Abgeordnetenwatch wurde inzwischen auch auf den Bundestag ausgedehnt und soll, sofern die Finanzierung geklärt ist, auch für die übrigen Bundesländer eingerichtet werden. Vor Landtags- und Bundestagswahlen können die Wähler über das Partnerprojekt Kandidatenwatch den Direktkandidaten Fragen stellen, die diese online beantworten können. Abgeordnetenwatch und Kandidatenwatch könnten den Wählern helfen, sich für bestimmte Kandidaten zu entscheiden.

Zu den vergangenen Bundestags- und Landtagswahlen betrieb die Bundeszentrale für politische Bildung das Projekt „Wahl-O-Mat“. Auf der Wahl-O-Mat-Website wurden den Wählern ausgewählte politische Aussagen präsentiert, zu denen sie sich durch Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung positionieren sollten. Anschließend gab es die Möglichkeit, Aussagen als besonders wichtig zu gewichten. Der Wahl-O-Mat ermittelte dann, mit den inhaltlichen Positionen welcher Partei der Benutzer am stärksten übereinstimmt.<sup>2</sup> Auch wenn der Aufwand dafür um einiges größer wäre, könnte etwas derartiges auch für die einzelnen Kandidaten in den Wahlkreisen und auf den Parteilisten eingerichtet werden. Die Wähler könnten so erfahren, welche Kandidaten am besten ihren Vorstellungen entsprechen. Für zahlreiche Wahlen in der Schweiz gibt es ein solches Internetangebot: [www.smartvote.ch](http://www.smartvote.ch).

In Berlin wird künftig vor Volksabstimmungen ein sogenanntes Abstimmungsbüchlein an alle Haushalte verschickt. Darin legen Befürworter und Gegner der zur Abstimmung stehenden Frage ihre Position dar. Analog dazu wäre es denkbar, den Wählern vor der Wahl ein Heft zuzuschicken, in dem sich die Kandidaten des Wahlkreises vorstellen. Auch für die Kandidaten auf den Parteilisten könnte es derartige Hefte geben. Allerdings wäre es möglicherweise ein zu großer Material- und Finanzaufwand, jedem Wähler die Hefte für alle Kandidaten sämtlicher Parteilisten zuzuschicken. Es könnte genügen, die entsprechenden Informationen online bereit zu halten und gedruckte Hefte in den Bürgerämtern auszulegen und auf Wunsch zu verschicken.

Es ist anzunehmen, dass sich während des Wahlkampfes auch die Parteien bzw. Kandidaten an die Wähler wenden werden.

---

<sup>1</sup> Vgl. Angelika Gardiner: Demokratie im Internet – wie [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) entstand, [http://www.abgeordnetenwatch.de/wir\\_ueber\\_uns-150-0.html](http://www.abgeordnetenwatch.de/wir_ueber_uns-150-0.html) (abgerufen am 11.08.2007)

<sup>2</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Wahl-O-Mat, <http://www.bpb.de/methodik/XQJYR3> (abgerufen am 11.08.2007)